

INHALT

Vorwort	5
Einleitung	23
1. Der Zweck dieser Arbeit	23
2. Umfang und Grenzen der Untersuchung	25
a) Der Begriff "Zivilprozeßrecht"	25
b) Die Parteipolitik als Hauptgegenstand der Untersuchung	27
3. Aufbau der Darstellung	29
1. Teil	
Kapitel 1: DIE BESTEHENDEN GERICHTSORGANISATIONEN BEI GRÜNDUNG DES DEUTSCHEN REICHES 1871	31
1. Die gemeinsamen Grundlagen der Gerichtsorganisation	31
2. Das Königreich Preußen	32
a) Die "alten" preußischen Gebiete	33
b) Die Rheinprovinz	34
c) Das Gebiet des ehemaligen Königreiches Hannover	35
d) Die ehemals Freie Stadt Frankfurt	36
e) Die annexierten Gebiete	37
f) Fürstentum Waldeck-Pyrmont	38
3. Die Gerichtsverfassung der anderen deutschen Königreiche	39
a) Bayern	39
b) Württemberg	41
c) Sachsen	42
4. Die Gerichtsverfassung der deutschen Großherzogtümer	44
a) Baden	44
b) Hessen	45
c) Oldenburg	47
d) Die beiden Mecklenburg	48
5. Sonstige Einzelstaaten	50
a) Herzogtum Braunschweig	50
b) Thüringische Staaten	51

(1) Staaten mit dem gemeinsamen Appellationsgericht	52
(2) Herzogtum Sachsen-Meiningen	53
Kapitel 2: DIE ENTSTEHUNG DER ZIVILPROZESSUALEN GESETZENTWÜRFE	55
1. Der Wunsch nach Rechtsvereinheitlichung	55
2. Erste Gesetzgebungsarbeiten im Deutschen Bund	57
a) Die Grundlagen gemeinsamer Gesetzgebung	57
b) Der Ausschuß zur Errichtung eines Bundesgerichtes	58
3. Erste Entwürfe einer Civilprozeßordnung	59
a) Der Hannoversche Entwurf	59
b) Der Preußische Entwurf	60
4. Der Verfahrensentwurf des Norddeutschen Bundes	62
a) Die Gesetzgebungskompetenz	62
b) Der Norddeutsche Entwurf	64
5. Die Entstehung des endgültigen CPO-Entwurfes	65
a) Der Ministerialentwurf	65
b) Der Entwurf II	66
c) Der Entwurf III	67
6. Der Weg zu einem selbständigen GVG-Entwurf	67
a) Die Verfahrensentwürfe der Sechziger Jahre	67
b) Der Auftrag an den preußischen Justizminister	68
c) Die Errichtung des Bundesoberhandelsgeschichtes	69
(1) Der sächsische Antrag	70
(2) Die Verzögerungsversuche Hamburgs	72
(3) Die Folgen	72
7. Die Entstehung des eigentlichen GVG-Entwurfes	73
a) Die ersten Entwürfe Preußens und Bayerns	73
b) Die Entwürfe II und III	74
c) Der GVG-Entwurf im Bundesrat	75

Kapitel 3: DIE BEHANDLUNG DER ZIVILPROZESSUALEN REICHSJUSTIZGESETZE IM REICHSTAG	79
1. Die Anträge zur Verfassungsänderung im 1. Reichstag	79
2. Die Beratung des CPO-Entwurfes	81
a) Die erste Lesung	81
(1) Die Kritik des Zentrums	81
(2) Der Umfang der Parteiherrschaft	82
b) Die zweite und dritte Lesung	83
(1) Der Wunsch nach einem schnellen Gesetzgebungsverfahren	84
(2) Kritikpunkte während der zweiten Lesung	85
3. Die Beratung des GVG-Entwurfes in erster Lesung	86
a) Der unklare Umfang der Gesetzgebungs-kompetenz	86
b) Die Kritik am GVG-Entwurf	87
4. Der GVG-Entwurf in der zweiten Beratung	89
a) Die Handelsgerichte	90
b) Die Gemeindegerichtsbarkeit	93
c) Der "Sprachenstreit"	95
(1) Der Hintergrund	95
(2) Erste Anträge der Polen	96
(3) Der Änderungsantrag der zweiten Lesung	97
(4) Der Antrag der dritten Lesung	99
d) Sonstige Streitpunkte der zweiten Lesung	100
(1) Die Aufhebung der Standesgerichte	100
(2) Die Zuständigkeitsgrenze der Amts-gerichte	100
(3) Die religiöse Eidesformel	101
5. Die dritte Lesung des GVG-Entwurfes	103
a) Die religiöse Eidesformel	103
b) Der Kompromiß der Nationalliberalen	103
(1) Das drohende Scheitern der Reichsjustizgesetze	104
(2) Der Weg zum Kompromiß	105
(3) Das festgesetzte Einführungsdatum der Reichsjustizgesetze	107
(4) Die Behandlung des Kompromisses im Reichstag	109
c) Die Abstimmung über die Reichsjustiz-gesetze	110

6. Die Folgen des Kompromisses	112
7. Die ergänzenden Gesetze	114
a) Der Sitz des Reichsgerichtes	114
(1) Die Debatte während der GVG-Beratung	114
(2) Der Gesetzentwurf der 3. Legislaturperiode	115
(3) Die Reaktion Bismarcks	116
b) Das revisible Landesrecht	117
8. Zusammenfassung	118
 Kapitel 4: DER ZIVILPROZESS IN DER PRAKTISCHEN BEWÄHRUNG	121
1. Erste Stellungnahmen der Rechtsanwälte	121
2. Die "problematischen" Vorschriften des Prozeßrechtes	122
a) Der Grundsatz der Mündlichkeit	122
b) Die schwierigen Zustellungsvorschriften	125
3. Erste Maßnahmen des Reichsjustizamtes	126
a) Die Umfrage von 1881	126
b) Das Tätigwerden Bismarcks 1884	127
c) Der Immediatbericht von 1887	128
4. Das "Vertagungsunwesen"	129
5. Falsche Ausgangspunkte im Prozeßrecht	131
6. Die CPO-Mängel vor dem Reichstag	133
a) Erste Reaktionen im Reichstag	133
b) Die ersten Reformvorschläge im Reichstag	134
c) Die Reformüberlegungen Kulemanns	135
d) Änderungsanträge im Reichstag	136
(1) Erste Anträge 1888/89	136
(2) Die Resolutionsanträge des Zentrums	138
7. Die Reaktion der Regierung	139
8. Tatsächlich erfolgte Gesetzesänderungen	141
a) Die Änderung von 1886	141
b) Die Änderung des Pfändungsschutzes	142
(1) Der SPD-Antrag von 1887	142
(2) Die Anträge der Konservativen	142

Kapitel 5: DAS ENTSTEHEN DER SONDERGERICHTS-BARKEITEN	145
1. Die Gewerbegerichte	145
a) Die ersten Entwürfe	145
b) Der Entwurf von 1890	147
2. Die Forderungen nach Erweiterung der Gewerbegerichtsbarkeit	151
3. Die Kaufmannsgerichte	153
a) Die Initiativen im Reichstag	153
b) Die Beratungen über den Gesetzentwurf	155
c) Die Haltung der Sozialdemokraten	156
d) Die Reaktion der Anwaltschaft	156
4. Die Zeit nach 1904	159
a) Der Wunsch nach Handwerkergerichten	159
b) Die Forderung nach Arbeitsgerichten	160
c) Sonstige "Wünsche" nach Sondergerichten	161
Kapitel 6: DIE BGB-NOVELLE VON 1898	163
1. Die Notwendigkeit einer Anpassung an das BGB	163
a) Die Entstehung der BGB-Novelle	164
b) Die geplante Erhöhung der Revisionssumme	165
c) Die Änderungen im Beschwerderecht	167
d) Der Vortermin	168
e) Die Einschätzung der Anwaltstätigkeit	170
f) Die Zulassung der Rechtskonsulenten	171
2. Die BGB-Novelle in der 2. Beratung	174
a) Die Erhöhung der Revisionssumme	175
b) Die Änderungen bei der Zustellung	176
c) Sonstige Änderungsanträge	178
3. Die besonderen Verfahrensarten, insbesondere das Entmündigungsverfahren	181
a) Die Notwendigkeit einer Reform	181
b) Die Debatte im Reichstag	182
4. Das Vollstreckungsrecht	183
a) Die vorgeschlagenen Änderungen	184
b) Die Behandlung im Reichstag	185
(1) Die Erweiterung des Pfändungsschutzes	185
(2) Besondere Wünsche der SPD	188

(3) Der Offenbarungseid	188	
(4) Der Schutz vor Sicherungshypothenken	189	
5. Die Schlußabstimmung	191	
Kapitel 7: BESONDERE REFORMWÜNSCHE DER PARTEIEN		195
1. Die Sprachenfrage	195	
a) Die ersten Änderungsanträge der Polen	196	
b) Der dänische Antrag vom November 1884	198	
c) Die Anträge von 1885	199	
d) Die Anträge der 9. Legislaturperiode	201	
e) Die Resolutionsanträge der Polen	202	
2. Der Problemkreis "Eidesabnahme"	204	
a) Erste Änderungsversuche	204	
b) Der Gesetzentwurf von 1897	205	
c) Die Gesetzentwürfe der 10. Legislaturperiode	207	
(1) Der Entwurf der Regierung	207	
(2) Der Entwurf der Parteien	208	
3. Die Verfahrensbeschleunigung	210	
a) Die Diskussion außerhalb des Reichstages	210	
(1) Die Prozeßbeschleunigung auf dem Juristentag	211	
(2) Die Beschlüsse des Anwaltstages	211	
(3) Die Diskussion in der Literatur	212	
b) Die Behandlung im Reichstag	214	
Kapitel 8: DIE NOVELLENGESETZGEBUNG 1905 BIS 1910		217
1. Die Novelle 1905	217	
a) Die Überlastung des Reichsgerichts	217	
b) Die 1. Lesung der Regierungsvorlage	218	
(1) Die strittige Erhöhung der Revisionssumme	218	
(2) Andere Entlastungsvorschläge	219	
c) Der Fortgang der Beratungen	221	
(1) Die Debatte um den Kommissionsvorschlag	221	
(2) Der aufkommende Antisemitismus	222	
(3) Die Abstimmung nach der 2. Lesung	223	
(4) Die Änderungen des Entwurfes durch den Reichstag	224	

(5) Die Schlußabstimmung	225
d) Die Haltung der Anwaltschaft	226
e) Die Auswirkungen der Novelle	227
2. Die Novelle 1910	229
a) Erste Äußerungen im Reichstag	229
b) Die Beratung des Novellenentwurfes	230
(1) Die Ablehnung des Differenziätätsprinzips	230
(2) Die Vorschläge zur Entlastung des Reichsgerichts	231
(3) Die sonstige Kritik am Entwurf	232
(4) Der Kompromiß der Reichstagskommission	233
(5) Die Änderungen im Beschwerderecht	234
c) Die Stellungnahmen der Juristenorganisationen	236
(1) Die Beschlüsse des 29. Deutschen Juristentages	236
(2) Die Haltung der Rechtsanwälte	237
3. Die Amtsgerichtsnovelle von 1909	239
a) Die Zeit bis zur Vorlage des Entwurfes	239
(1) Der Wunsch nach Reform des amtsgerichtlichen Verfahrens	240
(2) Die Haltung der Anwaltschaft zur geplanten Zuständigkeitserhöhung	241
(3) Der allgemeine Wille zur Verfahrensreform	242
b) Der Widerstand der Rechtsanwälte	244
(1) Resolutionen und Eingaben	244
(2) Der Anwaltstag von 1907	245
(3) Der außerordentliche Anwaltstag von 1907	246
c) Die Behandlung im Reichstag	247
(1) Kritik an der Teilreform	247
(2) Die Diskussion um die Zuständigkeitsgrenze	249
(3) Auswirkungen auf das Armenrecht	251
d) Einzelfragen in der Debatte	252
(1) Die Eidesformel	252
(2) Die Kammern für Handelssachen als Berufungsinstanz	254
(3) Die Zulassung der Rechtskonsulenten	256
e) Weitere Änderungen im Zivilprozeßrecht	257
(1) Die Neuregelung des amtsgerichtlichen Verfahrens	257

(2) Insbesondere: Der "Gerichtsschreiber"	258
(3) Änderungen des Mahnverfahrens	259
f) Die Auswirkungen der Amtsgerichtsnovelle	261
Kapitel 9: DIE ZEIT BIS ZUM ENDE DES ERSTEN WELTKRIEGES	263
1. Die Vorbereitung der ZPO-Reform	263
a) Die Wahrheitspflicht im Zivilprozeß	264
b) Sonstige Forderungen der Juristenverbände	265
2. Die Reformwünsche der Parteien	266
a) Der Gesetzentwurf der Nationalliberalen	266
b) Der nationalliberale "Novellen-Katalog"	268
3. Das Zwangsvollstreckungsrecht	270
a) Die Anhebung der Pfändungsgrenze	270
b) Die "1500-Mark-Verträge"	272
c) Der Offenbarungseid	273
d) Gesetzgeberische Maßnahmen	274
4. Die ersten Kriegsgesetze	274
a) Das Schutzgesetz vom 4. August 1914	275
b) Die Bewilligung von Zahlungsfristen	276
5. Die Gerichtsentlastung im Kriege	277
a) Die Überlastung der Gerichte	278
b) Die Entlastungs-Verordnung vom 9. September 1915	278
(1) Das obligatorische Mahnverfahren	278
(2) Neuerungen im Rechtsmittelrecht	279
(3) Das Sühneverfahren	279
(4) Die Reaktion der Anwaltschaft	280
c) Die Kritik der Parteien	281
6. Die Vereinfachung der Rechtspflege	284
a) Die Notwendigkeit einer Gerichtsent- lastung	284
b) Der Gesetzentwurf zur Vereinfachung der Rechtspflege	285
(1) Die Stellungnahme der Anwaltschaft	286
(2) Die Bedenken der Abgeordneten	287
(3) Das weitgehende Scheitern des Entwurfes	288
c) Administrative Maßnahmen	289
d) Die deutschen Gerichte im Ausland	290

(1) Russisch-Polen	290
(2) Gebiet "Ober-Ost"	291
(3) Rumänien	293
(4) Belgien	293
7. Die Reformdiskussion gegen Ende des Ersten Weltkrieges	294
a) Die Rechtsvereinheitlichung mit Österreich	295
b) Die Reformdiskussion im Reichstag	295
(1) Allgemeine Reformwünsche	296
(2) Die Diskussion über die Pfändungsgrenze	297
(3) Die Weitergeltung des Kriegsrechtes	299
c) Die weiterbetriebene Prozeßreform	300
2. Teil	
Kapitel 10: DER ÜBERGANG ZUR REPUBLIK	303
1. Der Zusammenbruch des Kaiserreiches	303
2. Der Zivilprozeß in den politischen Wirren	304
a) Übergriffe von Arbeiter- und Soldatenräten	304
b) Eingriffe durch die Siegermächte	305
3. Erste Reformansätze	307
a) Die Wiederaufnahme der Reformarbeiten	307
b) Die Diskussion um Richterwahl und Laienbeteiligung	308
c) Reformwünsche der Parteien	311
4. Die tatsächlichen Maßnahmen	313
a) Änderungen bei der Lohnpfändung	313
b) Der besondere Schutz für Kriegsteilnehmer	314
c) Die Initiativen im Reichstag	315
Kapitel 11: DIE ZEIT DER 1. LEGISLATURPERIODE	319
1. Der Beginn der politischen Instabilität	319
2. Reformarbeiten an der ZPO	320
a) Der Wunsch nach einer ZPO-Reform	321
b) Die Haltung des Deutschen Anwaltvereins	322
c) Die Laienbeteiligung	323

(1) Die Stellungnahme der Parteien	323
(2) Die Haltung der Juristen	324
d) Die Vorbereitungen zur ZPO-Reform	326
3. Der Zivilprozeß in der Zeit des Währungsverfalls	326
a) Die Erhöhung der Wertgrenzen	327
b) Die Maßnahmen in der Gesetzgebung	329
(1) Die Gesetze von 1920/21	329
(2) Der Wegfall der Ungebührstrafe für Rechtsanwälte	331
(3) Die Erweiterung des Pfändungsschutzes	332
c) Die Gesetzgebung im Zeichen der Inflation	335
(1) Die Änderungsgesetze von 1922	335
(2) Die Verordnungs-Gesetzgebung von 1923	336
(3) Die Entlastungsvorschriften	337
d) Sonstige Änderungen	338
e) Die Reaktion der Kommunisten	338
 Kapitel 12: ERMÄCHTIGUNGSGESETZ UND ZIVIL-PROZESSRECHT	341
1. Erste Notverordnungen	342
a) Die Notwendigkeit eines Notgesetzes	342
b) Die Entwicklung eines Notgesetzes	344
(1) Der Regierungsentwurf	344
(2) Der Entwurf der DDP	345
(3) Die Not-Verordnung vom Dezember 1923	346
(4) Revisionsbeschränkung und Verminderung der Richterzahl	348
2. Die Emminger-Novelle	349
a) Die Vorbereitung der Novelle	349
(1) Die Vertraulichkeit der Beratungen	349
(2) Die kurze Beratungszeit	351
(3) Beeinflussungsversuche	352
b) Der Zweck der Novelle	353
c) Der Regelungsinhalt	354
3. Die Reaktion auf die Emminger-Novelle	357
a) Die Kritik in der Literatur	357
b) Die Stellungnahmen der Anwaltsorganisationen	358
c) Die Emminger-Novelle im Reichstag	359

4. Die Zeit der 2. und 3. Legislaturperiode	362
a) Erste Initiativen der Parteien	363
b) Die Kritik am Mahnverfahren	364
c) Die Reichstagsdebatte vom März 1925	366
5. Das Güteverfahren	368
a) Der Wunsch nach seiner Einführung	369
(1) Die Haltung der SPD	369
(2) Die Stellungnahme der übrigen Parteien	371
(3) Die Einstellung Emmingers zum Güteverfahren	372
b) Die differenzierte Kritik der Rechtsanwälte	373
c) Die nachlassende Kritik des Reichstages	374
Kapitel 13: ZIVILPROZESS UND ARBEITSGERICHTSBARKEIT	375
1. Die Zeit der ersten beiden Legislaturperioden	375
a) Erste Forderungen der Parteien	375
b) Die Frage der Organisation	377
c) Die Diskussion in der 2. Legislaturperiode	380
d) Die Finanzierungsfrage	381
2. Das Arbeitsgerichtsgesetz im 3. Reichstag	382
a) Die neuen Initiativen der Parteien	382
b) Der Hintergrund des Streites um die Organisationsfrage	383
(1) Die parlamentarische Stärke der Parteien	383
(2) Die Linksparteien und die Justizkrise	384
c) Die Gesetzesvorlage	387
d) Die Aufnahme durch die Parteien	387
(1) Zustimmung durch die Parteien der Mitte	388
(2) Die Befürworter einer Angliederung	388
(3) Die Kritik der Linksparteien	389
3. Die außerparlamentarischen Aktivitäten	391
a) Die Stellungnahmen der Juristenverbände	391
b) Die Erklärung vom November 1926	394

Kapitel 14: DIE WEITERENTWICKLUNG DES PROZESSRECHTS	399
1. Die Gesetzgebung im Prozeßrecht	399
a) Die Beschränkung der Revision	400
(1) Die Erhöhung der Revisionssumme	400
(2) Die Revisionsbeschränkung in Ehesachen	401
b) Die Diskussion über die Richterzahl	403
(1) Die Stellungnahmen der Juristenorganisationen	403
(2) Die Aktivitäten im Reichstag	403
c) Die Verlängerung der befristeten Ausnahmegesetze	405
d) Die Maßnahmen zur Entlastung des Reichsgerichts	407
(1) Die Frage der ordnungsgemäßen Gerichtsbesetzung	407
(2) Die Revisionsbeschränkungen	408
e) Das Scheidungsverfahren	409
f) Die sonstigen Initiativen der Parteien	411
2. Die Prozeßreform	413
a) Die Diskussion außerhalb des Reichstages	413
(1) Insbesondere die Reformvorschläge Schiffers	414
(2) Die Reaktion im Reichstag	415
b) Die Weiterarbeit an der ZPO-Reform	417
3. Die Rechtsangleichung mit Österreich	418
Kapitel 15: DIE ENDZEIT DER WEIMARER REPUBLIK 1930-1932	423
1. Die Weltwirtschaftskrise	423
a) Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag	423
b) Die Auswirkungen auf das Zivilprozeßrecht	425
(1) Die Sparvorschläge Preußens	425
(2) Die Reaktion der Rechtsanwälte	426
(3) Der Entwurf des Reichsjustizministeriums	427
(4) Das Scheitern im Reichstag	428
c) Die Reformvorschläge der Parteien	429

2. Die Notgesetzgebung	431
a) Die 1. Notverordnung vom Dezember 1930	431
(1) Die Stellungnahme der Anwaltschaft	431
(2) Die Kritik der Parteien	433
b) Die Notverordnung von 1931	434
(1) Die 3. Notverordnung	434
(2) Maßnahmen im Zwangsvollstreckungsrecht	435
(3) Die Ablehnung durch die radikalen Parteien	436
c) Erweiterung des Vollstreckungsschutzes	437
(1) Der besondere Vollstreckungsschutz für Landwirte	437
(2) Der Pfändungsschutz für Behelfsunterkünfte	438
(3) Die Herabsetzung der Pfändungsgrenze	439
(4) Das landwirtschaftliche Vermittlungsverfahren	439
d) Die Revisionsbeschränkungen	440
3. Die Sparvorschläge der Richterschaft	441
4. Das Ende der Gesetzgebung	443
 Kapitel 16: DER WILLE ZUR NATIONALSOZIALISTISCHEN RECHTSREFORM	445
1. Die Machtergreifung	445
2. Vorstellungen Hitlers über die Verfahrensreform	448
3. Stellen nationalsozialistischer Rechtspolitik	452
a) Die NSDAP	453
b) Der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen/Nationalsozialistischer Rechtswahlerbund	455
c) Die Akademie für Deutsches Recht	458
d) Das Reichsjustizministerium	462
e) Sonstige Stellen	465
4. Die Reform des Zivilprozeßrechts	469
a) Der Beginn der großen Reform	469
b) Reformvorschläge der Akademie für Deutsches Recht	471

1. Die Novelle 1933	475
a) Das Ziel der Novelle	475
b) Der Regelungsinhalt	476
c) Die Aufnahme der Novelle	478
d) Der ideologische Hintergrund	479
2. Die weitere Entwicklung der Reform	480
a) Die Verfahrensbeschleunigung	480
b) Das vorrangige Gemeinschaftsinteresse	481
(1) Besonderer Schutz für einzelne Berufsgruppen	482
(2) Die Erweiterung des Schuldner-schutzes	483
c) Die Novelle 1934	485
d) Sonstige Schutzbestimmungen	487
e) Das Vollstreckungsmissbrauchs-Gesetz	488

Kapitel 18: PROZESSRECHT IM SCHATTEN DER IDEOLOGIE

1. Ideologisch motivierter Pfändungsschutz	491
2. Auswirkungen der Verfolgungen	493
3. Kindschaftssachen und Rassezugehörigkeit	496
a) Die rechtskräftige Vaterschaftsfeststellung	496
b) Die Ehelichkeitsanfechtung durch den Staatsanwalt	499
4. Gesetzlicher "Schutz" der Ehe	500
a) Die Auflösung "gemischt-rassiger" Ehen	501
b) Maßnahmen gegen "Namensehen"	502
c) Die Regelungen von 1938	503
d) Die Scheidung gemischt-nationaler Ehen	505

Kapitel 19: PROBLEME DER RECHTSANWENDUNG

1. Treu und Glauben im nationalsozialistischen Sinn	509
2. Rechtsangleichung in "Großdeutschland"	511
a) Das Saarland	512
b) Der Anschluß Österreichs	512

c) Das Sudetenland	515
d) Das Memelland	516
e) Das Protektorat Böhmen und Mähren	516
f) Die Annexions-Gebiete	518
Kapitel 20: DER ZIVILPROZESS IN DEN KRIEGS-JAHREN	521
1. Weiterlaufende Reformarbeiten	521
a) Maßnahmen zur Rechtsvereinheitlichung	521
b) Die Tätigkeit der Akademie für Deutsches Recht	522
c) Einzelne Reformarbeiten	524
(1) Die Zustellungs-Verordnung	524
(2) Die Lohnpfändungs-Verordnung	525
2. Das Kriegsnotrecht	527
a) Erste Maßnahmen	527
(1) Der Schutz der Rechtssuchenden	527
(2) Änderungen im Verfahrensablauf	528
(3) Die Rücknahme einzelner Maßnahmen	530
b) Weitere Beschränkungen	531
(1) Die 3. Vereinfachungs-Verordnung	531
(2) Die 4. Vereinfachungs-Verordnung	533
(3) Weitere Schutzverordnungen	534
3. Das faktische Ende der Zivilrechtspflege	535
a) Die 1. Kriegsmaßnahmen-Verordnung	535
b) Die 2. Kriegsmaßnahmen-Verordnung	537
4. Die Einschränkung der Parteiherrschaft	538
a) Die Einführung des Adhäsionsverfahrens	539
b) Die Mitwirkung des Staatsanwaltes im Zivilprozeß	539
(1) Die nachträgliche Ehescheidung	539
(2) Das Gesetz vom 15. Juli 1941	540
5. Das Ende	543

Zusammenfassung	555
1. Das mangelnde Interesse am Zivilprozeßrecht	555
2. Der mangelnde Reformeifer der Parteien	558
3. Der schwindende Einfluß des Reichstages	561
4. Ergebnis	562
Literaturverzeichnis	563
Abkürzungsverzeichnis	583